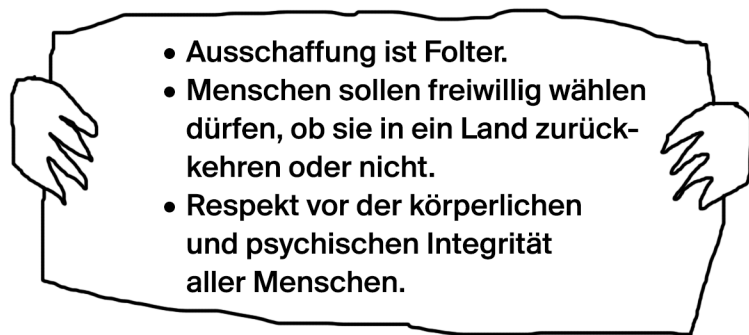




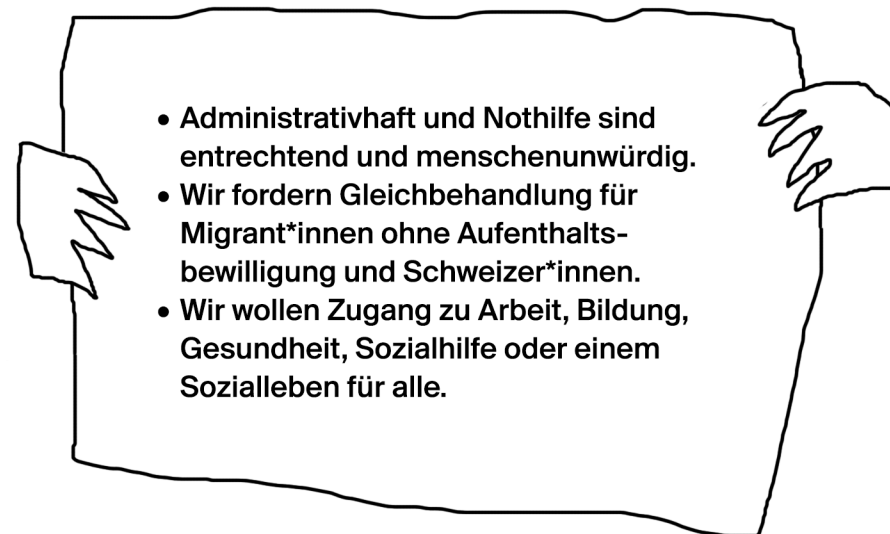
*Die Gewalt während Ausschaffungen ist traumatisierend.*

Wer flüchtet oder migriert nimmt oft eine lebensgefährliche und teure Reise in Kauf. Ausschaffungen führen Menschen unter Zwang dorthin zurück, wo sie um jeden Preis weg wollten oder weg mussten. Ausschaffungen missachten die körperliche und psychische Integrität. Regelmässig sterben Menschen wegen Ausschaffungen. Die im Herkunftsstaat drohende Verfolgung, Armut oder soziale Isolation kümmert die Behörden nicht. Die menschenfeindlichen Folgen von Ausschaffungen werden einfach in Kauf genommen.



*Um Menschen abzuschieben, wurden spezielle Gesetze geschaffen.*

Diese Gesetze gelten für Schweizer\*innen nicht. Gemäss dieser Gesetze dürfen abgewiesene Menschen über fünfeinhalb Jahre eingesperrt werden, ohne dass sie jemals eine kriminelle Tat begangen haben. Diese sogenannte Administrativhaft ist nicht die einzige Zwangsmassnahme. Abgewiesene Menschen können zudem verpflichtet werden, Gebiete nicht zu verlassen (Eingrenzung) oder nicht zu betreten (Ausgrenzung). Für die Anordnung dieser freiheitsberaubenden Massnahmen braucht es kaum richterliche Entscheide. Es reicht die Einschätzung von Behörden. Um den Willen von Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung zu brechen, damit sie selber aus der Schweiz ausreisen, werden sie in der sogenannten Nothilfe zermürbt. Die schlechten Unterkünfte und die ca. 8 Franken pro Tag sind zu viel, um zu sterben und zu wenig, um zu leben. Die Nothilfe ist wie psychische Folter und macht krank.



*Ein Teil der Bevölkerung will abgewiesene Menschen, um jeden Preis ausschaffen.*

Aber nicht alle Staaten akzeptieren Ausschaffungen automatisch. Deshalb versuchen die Behörden in Europa und der Schweiz mit Staaten im globalen Süden sogenannte Rücknahmeabkommen oder Migrationspartnerschaften auszuhandeln. Dabei profitiert die Schweiz von ihrer Vormachtstellung, um die Herrschenden in Herkunftsstaaten unter Druck zu setzen. Ob mit diktatorischen Regimes oder demokratischen Regierungen – der Mechanismus bleibt derselbe: Je mehr ein Staat Ausschaffungen akzeptiert, desto höher sind die finanzielle Unterstützung, die politische Anerkennung oder wirtschaftlichen Anreize. Umgekehrt droht die Schweiz mit politischen oder wirtschaftlichen Sanktionen oder der Kürzung von Entwicklungsbeiträgen.

